Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 93. Mittwoch, 22. April 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Volksbegehren in Preußen durchgegangen.

Sir Eric Drummond in Berlin.

Was will der Generalsekretär in der Wilhelmstraße?

Der Generalsekretär des Genfer Völkerbundes, der Engländer Sir Eric Drummond, ist in Berlin eingetroffen, um in den Tagen vom 22. bis 25. April mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius zu verhandeln. Bekanntlich kommt der Herr Generalsekretär nicht unmittelbar von den grünen Gestaden des Genfer Sees an die Spree, sondern auf dem Umwege über Rom, wo er sich mit Signor Grandi, dem italienischen Außenminister, und dem Duce Mussolini über brennende Völkerbundsprobleme aussprach.

Sein Berliner Besuch hat insofern nichts aufsehenerregendes an sich, als dem Turnus entsprechend der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius der Maitagung des Völkerbundsrats vorsitzen wird. Nichts ist selbstverständlicher, als daß der Generalsekretär des Völkerbundes rechtzeitig über die Tagesordnung sich mit dem Präsidenten der nächsten Tagung ausspricht, die einzelnen Punkte erörtert und einen eingehenden Bericht erstattet über alle Eingänge, Anregungen, Wünsche und Forderungen, die zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung in Genf bereits eingegangen bezw. noch zu erwarten sind. Hinzu kommt, daß der Völkerbund sich in der kurzen Zeit seines Bestehens schon so eine Art Tradition geschaffen hat, die von dem Generalsekretariat des Bundes vertreten und hochgehalten wird.

Man soll dieses Zeremoniell bei uns nicht unterschätzen, denn es spielt nun einmal in der Welt, auch in den höheren Regionen der Diplomaten und Juristen, keine untergeordnete Rolle. Sir Eric Drummond ist ein englischer Jurist. Vielleicht nirgends legen die Juristen in der Welt auf das Zeremoniell so großen Wert wie bei den Angelsachsen. Ihre Richter erscheinen regelmäßig bei allen Amtshandlungen im langen Talar, in Alonge-Perücken und Baretts, um schon durch das Aeußere anzuzeigen, daß sie geschlossene Persönlichkeiten sind, daß sie mit der Erfahrung des Alters und philosophischer Abgeklärtheit Recht sprechen und gewissermaßen mit der Binde um die Augen und der Waage in der Hand nach dem Suchen, was rechtens ist. Mit größter Sorgfalt werden die juristischen Formen gewahrt, denn man weiß in der Juristenwelt sehr wohl die Erfahrungen der alten Römer zu würdigen: „Halte Ordnung und die Ordnung wird Dich halten!" Für alle diese Gedankengänge wird Generalsekretär Sir Eric Drummond bei dem feinsinnigen Juristen Dr. Curtius, dem Reichsaußenminister der vornehmen Sachlichkeit, vollkommenes Verständnis finden.

In der Berliner Wilhelmstraße werden zunächst einmal zahlreiche Personalfragen zu erörtern sein. Es ist begreiflich, daß das Deutsche Reich, das nicht gleich bei der Gründung des Völkerbundes, sondern erst später Mitglied des Bundes wurde, nicht entsprechend seiner politischen Bedeutung im Generalsekretariat vertreten ist. Aber das Mißverhältnis ist heute doch so schreiend, daß eine Abänderung dringend geboten erscheint. Wenn die Engländer in der Verwaltung des Völkerbunds 50 und die Franzosen 85 Beamte sitzen haben, wir dagegen nur 11, so zeigt schon dieses Zahlenverhältnis die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Mißstandes. Es will uns den Anschein geben, daß das Arbeiterkabinett Macdonald für die berechtigten deutschen Wünsche Verständnis hat, denn man weiß in London sehr wohl, daß die Schicksalsstunde des Völkerbundes naht.

Gerade deswegen kommt auch der Maitagung des Völkerbundsrates eine ganz besondere Bedeutung zu. Wohl ist auf der Januartagung der Termin der internationalen Abrüstungskonferenz auf den 2. Februar 1932 festgelegt worden, doch bleibt es diplomatischen Unterhaltungen vorbehalten, die Fragen des Präsidiums zu klären. Die Kandidatur der Franzosen, die sich im Januar bemühten, die Wahl des tschechischen Außenministers Dr. Benesch zum Präsidenten der internationalen Abrüstungskonferenz durchzudrücken, kann heute als erledigt gelten. Auch um den griechischen Völkerbundsdiplomaten Politis ist es sehr still geworden. Dafür ist umso wahrscheinlicher geworden, daß der englische Außenminister Henderson das Präsidium dieses weltpolitisch so bedeutungsvollen Kongresses übernimmt.

Auch über den Tagungsort dieses Kongresses ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Erst vor 14 Tagen bemühte sich die englische Weltpresse sehr angelegentlich darum, für London als Sitz der großen internationalen Abrüstungskonferenz Stellung zu machen. In der Zwischenzeit ist es aber wieder recht ruhig geworden. Wenn nicht alles täuscht, wird die Maitagung des Völkerbundsrats damit enden, daß Genf, dessen Stadtverwaltung sich redlichste Mühe gibt, um die 1500 Delegierten dieses Weltkongresses beherbergen zu dürfen, zum Tagungsort bestimmt wird. Wichtiger als der Tagungsort erscheint unserer Reichsregierung die gründliche Vorbereitung des Kongresses.

Sie hat deshalb durch Reichsaußenminister Dr. Curtius beim Generalsekretariat beantragt, daß alle Staaten, die dem Völkerbund als Mitglied angehören ihre Rüstungen offenzulegen haben und durch das Generalsekretariat des Bundes einheitliche Fragebogen ausgearbeitet werden, die von allen Bundesmitgliedern nach besten Wissen und Gewissen zu beantworten sind. Soll die Abrüstungskonferenz wirklich ihr Ziel erreichen, dann muß sie zunächst einmal ein richtiges Bild von dem tatsächlichen Rüstungsbestand in der Welt erhalten. Gerade deswegen muß seitens der deutschen Reichsregierung auf eine gründliche und kluge Durchführung der technischen Vorfragen größter Wert gelegt werden. Bei der politischen Bedeutung, die den einschlägigen Problemen zukommt, ist es begreiflich, daß Generalsekretär Sir Eric Drummond die Bildung eines kleinen Ausschusses vorschlägt, der ihn bei der Ausführung der in dieser Hinsicht zu erwartenden Ratsbeschlüsse berät und unterstützt. Hiermit haben wir nur die Kernfragen der Besprechungen, die dieser Tage in der Wilhelmstraße stattfinden, angeschnitten, würden wir auf Einzelfragen übergehen, dann müßten wir Zweifel äußern, ob die Besprechungen in drei Tagen zu Ende geführt werden können.

Stahlhelm meldet: Volksbegehrziffern erreicht.

Die Mindestzahl von 5,27 Millionen weit überschritten.

*** Berlin, 21. April. Wie das Bundesamt des Stahlhelm am Dienstag nachmittag noch vor Abschluß der Eintragungszeit mitteilt, haben die Eintragungen für das Volksbegehren auf Auflösung des preußischen Landtages die für das Gelingen erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen weit überschritten. Genauere Zahlenmeldungen würden erst Mittwoch abend ausgegeben werden können.**

*

Zum Ausgang des Stahlhelmvolksbegehrens.

* Berlin. Zu dem erfolgreichen Ausgang des Stahlhelmvolksbegehrens nehmen die meisten Berliner Blätter Stellung. Die **Börsen-Zeitung** begrüßt den Erfolg des Stahlhelm und der nationalen Bewegung und betont, daß der Erfolg sehr an Wert gewinne, wenn man die Widerstände und Schwierigkeiten berücksichtige, die dem Stahlhelm während der zurückliegenden 14 Tage bereitet worden seien. — Die **D. A. Z.** weist darauf hin, daß die politische Wirkung des Erfolges zunächst vor allem auf psychologischem Gebiet liegen werde. — Die **Deutsche Tageszeitung** hebt hervor, daß nach der gesamten politischen Situation angesichts des allgemeinen Unwillens über die Entwickelung der Verhältnisse in Preußen ein anderes Ergebnis in Preußen nicht zu erwarten gewesen sei. Da sich gezeigt habe, daß die Kräfte der nationalen Opposition stark seien, sei man zur Hoffnung auf den Endsieg berechtigt. — Die **Deutsche Zeitung** sagt, das Volksbegehren sei der Aufmarsch gewesen, der eigentliche Kampf stehe bevor. — Der **Tag** schreibt, der Vormarsch, der mit dem Kampf um das Freiheitsgesetz im Herbst 1929 begonnen habe, schreite siegreich fort und erfasse immer weitere Massen. Er werde unaufhaltsam sein. — Der **Lokalanzeiger** hält es für wahrscheinlich, daß der Landtag auf Grund des Ergebnisses seine Auflösung beschließt, da man nicht annehmen könne, daß sich das gesamte preußische Zentrum gegenüber der Mahnung, die im Erfolg des Volksbegehrens liege, weiterhin taub zeigen solle. — Die **Germania** hebt hervor, es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß der Landtag der im Volksbegehren geforderten Auflösung nicht stattgeben werde und weist darauf hin, daß der Weg vom Volksbegehren zum erfolgreichen Volksentscheid sehr weit und sehr beschwerlich sei. — Die **Vossische Zeitung** weist darauf hin, daß trotz des erfolgreichen Volksbegehrens zu berücksichtigen sei, daß 20 Millionen Wähler von der Auflösung des Landtages nichts wissen wollten. Die preußische Regierung dürfe mit diesem Ergebnis zufrieden sein. — Der **Börsen-Kurier** stellt fest, daß das Volksbegehren von einer geringeren Wählerzahl unterstützt worden sei, als die Stärke der mitwirkenden Parteien habe erwarten lassen. — Auch der **Vorwärts** hebt hervor, daß das Volksbegehren, selbst wenn die Mindestziffer um einiges überschritten sein sollte, für die Dahinterstehenden eine Niederlage bedeute, da sie nur die knappe Hälfte ihrer Stimmen von der Reichstagswahl aufgebracht hätten.

*

Die Volksbegehrenziffern in Berlin

Berlin, 22. April.

Am letzten Tage des Volksbegehrens haben sich in Berlin 65 473 Personen eingetragen; das ist die höchste an einem Tage erzielte Zahl. Die Gesamtzahl der Eintragungen erhöht sich damit auf 438 745, das sind etwa dreizehn Prozent der Stimmberechtigten.

Prozeß Kürten. Neunmalige Todesstrafe beantragt.

Düsseldorf, (Funkspruch.) **Der Oberstaatsanwalt beantragte in dem Mordprozeß Kürten**

1. **den Angeklagten wegen des Falles Klein wegen Mordes, begangen in Tateinheit mit Sittlichkeitsverbrechen, welches aber bereits verjährt ist, da die Tat im Jahre 1913 geschah, zu verurteilen,**
2. **wegen des Falles Scheer ebenfalls wegen Mordes,**
3. **im Falle Renter wegen Mordes in Tateinheit mit vollendeter Notzucht,**
4. **im Falle Ohliger,**
5. **im Falle Hahn,**
6. **im Falle Hamacher,**
7. **im Falle Lenzen,**
8. **im Falle Doerrnier,**
9. **im Falle Albermann wegen Mordes in Tateinheit mit gewaltsamer Vornahme unzüchtiger Handlungen mit dem Tode zu bestrafen.**

Also ich beantrage neunmal die Todesstrafe.

Ich beantrage ferner im Falle Schulze wegen Mordversuches in Tateinheit mit versuchter Notzucht und mit vollendeter Vornahme unzüchtiger Handlungen eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Der Fall liegt so nahe an der Grenze des vollendeten Mordes, daß es wirklich nicht dem Angeklagten zuzuschreiben ist, daß die Schulze noch mit dem Leben davongekommen ist. Ich beantrage ferner noch in den Fällen Kühn, Meurer und Wanders wegen Mordversuch in Tateinheit mit gewaltsamer Vornahme unzüchtiger Handlungen, in den beiden ersten Fällen wegen der Schwere der Verletzungen, je 10 Jahre Zuchthaus, im Falle Wanders, da die Verletzungen leichterer Natur sind, 5 Jahre Zuchthaus. Ich beantrage ferner wegen Mordversuches im Falle Goldhausen 10 Jahre Zuchthaus, im Falle Mantel 5 Jahre Zuchthaus, ebenso beantrage ich wegen Mordversuches im Falle Kornblum 5 Jahre Zuchthaus. Insgesamt 60 Jahre Zuchthaus, die aber nach dem Gesetz zusammengezogen werden müssen und nicht höher ausfallen dürfen als eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Ferner beantrage ich, Kürten die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer abzuerkennen, ihn unter Polizeiaufsicht zu stellen und die zur Ausführung der Taten benutzten 2 Scheren, einen Hammer und eine Dolchspitze einzuziehen.

Das neue thüringische Kabinett.

Weimar. (Funkspruch.) Nach zweistündiger lebhafter Aussprache, in deren Verlauf der **ehemalige nat.-soz. Staatsrat und Landtagsabg. Marschler von der Sitzung ausgeschlossen** wurde, wurden heute im Landtag die **Ergänzungswahlen zur thüringischen Regierung** vorgenommen.

Da der für das Gebiet Weimar vorgesehene Abg. **Krause** (Wirtschaftspartei) in letzter Stunde sein Mandat für das Kabinett **ablehnte**, bleibt von der **Wirtschaftspartei der bisherige Staatsrat Fürth im Kabinett**, so daß die **Regierungsliste** nach ihrer Ergänzung wie folgt zusammengesetzt ist:

Staatsrat **Mackeldey** (Landvolk-Partei) für das **ehemalige Gebiet Weimar,**
Staatsrat **Döbrich** (Landvolk-Partei) für das **ehemalige Gebiet Meiningen,**
Baumgärtel (Deutsche Volksp.) für das Gebiet Reuß,
Baner (Deutsche Volksp.) für das **Gebiet Sondershausen,**
Fürth (Wirtschaftspartei) für das **Gebiet Rudolstadt.**

Die Ministerien werden wie folgt verteilt:
Baum: Finanzen und Wirtschaft,
Dr. Kästner: Inneres, Volksbildung und Justiz.

Die Wahl erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 19 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Landvolk-Partei und der Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, bei Enthaltung der 13 Sozialdemokraten und des einen Vertreters der Staatspartei. Sieben Abgeordnete fehlten.

Der Landtag vertagte sich darauf bis zum 4. Mai.

SLUB
Wir führen Wissen.